

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. u. Verleger: Hans Bode u. Verlagsanstalt m. b. H. R. v. Erlangen - Nürnberg, Kappelstr. 10, Erzgebirge, Fernsprech. Nr. 113 12

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.00 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.00 Mk. Bei der Post bezahlt und nach Abgabe vierteljährlich 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsenträger und Ausgabestellen, sowie alle Verhältnisse und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Abgabeposten für die Zeitungsblätter oder deren Raum für Anzeigen aus dem Gebiet Schwarzenberg 70 Pfg., aus dem Gebiet des Erzgebirges 80 Pfg., aus dem Gebiet des Erzgebirges 80 Pfg., aus dem Gebiet des Erzgebirges 80 Pfg. Anzeigenannahme bis 10 Uhr abends, für die Zeitungsblätter bis 10 Uhr abends, für die Zeitungsblätter bis 10 Uhr abends, für die Zeitungsblätter bis 10 Uhr abends.

Nr. 139

Sonnabend, den 19. Juni 1920

15. Jahrgang

## Das Neueste vom Tage.

Die neue Reichsregierung ist noch immer nicht gebildet.

Auch für den Monat Juli sind wieder Reichsmittel in Höhe von 250 Millionen Mark zur Senkung der Lebensmittelpreise angewiesen worden.

Der französische Präfekt in Gleiwitz hat einem Ultimatum der Gleiwitzer Arbeiterschaft nachgegeben müssen.

Die amerikanische Regierung hat den Abschluss einer Anleihe in Höhe von 14 Millionen Dollar an Deutschland genehmigt.

In Warschau wird jetzt über die Durchreise der deutschen Abstammungsberechtigten nach Ostpreußen durch den polnischen Korridor verhandelt.

Es verlautet, daß die griechische Regierung den König Alexander zum Rücktritt aufgefordert habe und daß Griechenland zur Republik proklamiert werden soll.

## Noch keine Entscheidung.

In der Regierungskrise war gestern Abend um 10 Uhr noch keine Entscheidung gefallen. Um 8 Uhr Abend hat Herr von Helldorf eine nochmalige Besprechung mit dem Reichspräsidenten Ebert. Heute, Sonnabend, früh 9 Uhr war eine neue Sitzung der Demokratischen Partei nach dem Reichstagsgebäude einberufen. In den folgenden Besprechungen nahmen die bürgerlichen Parteien an. Herr von Helldorf erklärte, aus denen zu entnehmen ist, daß er sein Kabinett als ein vorübergehendes ansehen werde. Herr von Helldorf bezeichnete als seine Aufgabe, die Fortführung der Staatsgeschäfte zu sichern und ein auf breiter parlamentarischer Grundlage sich aufbauendes Reichstagskabinett vorzubereiten.

Auch unter Helldorf geht also das alte Spiel weiter: ein dauerndes Hin und Her und keine Klarheit, eher neue Unklarheiten. Dazu wird das Nachrichtenmaterial über die Vorgänge in Berlin immer spärlicher. Was heute aus den vorliegenden, sich teilweise stark widersprechenden Meldungen herausgeschält werden kann, ist dahin zusammenzufassen: Man rechnet mit einem bürgerlichen Kabinett, das den Charakter eines Übergangskabinetts tragen soll. Es heißt, daß zwischen den leitenden Instanzen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten gestern Vormittag eine prinzipielle Einigung erzielt worden sei. Die Zustimmung der Deutschen Volkspartei wäre bereits erfolgt; die Demokraten verhandeln noch darüber, ob sie sich einem Block der Mitte anschließen. Die Mehrheitssozialisten hätten sich verpflichtet, dafür zu sorgen, daß bis zum Herbst das Kabinett bei den Abstimmungen nicht in die Minderheit gerate. Ein Kabinett Helldorf würde somit dadurch in den ersten Tagungen zahlenmäßig auf eine ganz bedeutende Mehrheit rechnen und, auf sie gestützt, die Verhandlungen in Spa führen. Unter diesen Umständen hätte das Kabinett Helldorf also den Charakter eines Übergangskabinetts, das mit dem Herbst, um sich eine zuverlässige Mehrheit für die entscheidenden Abstimmungen zu sichern, Anschluß nach links suchen möchte. Es solle dann neuerlich mit den Mehrheitssozialisten verhandelt werden, und man hoffe, daß sie in einigen Monaten geneigter sein werden, sich wieder an der verantwortlichen Führung der Reichsgeschäfte zu beteiligen; andernfalls würde man an Neuwahlen denken müssen. Wie es heißt, soll nun am heutigen Sonnabend die endgültige Entscheidung fallen. Sollten wir auf der oben gekennzeichneten Grundlage nun endlich eine neue Regierung bekommen, dann darf diese unter keinen Umständen von irgend welcher parteipolitischen Seite aus für den einzigen bedeutenden Zweck untauglich gemacht werden, für den sie gebildet wird, nämlich zur Führung der Verhandlungen in Spa. Darin würde eine so bedauerliche und gefährliche Verkennung der Situation liegen, daß nicht ernst genug davon gewarnt werden kann.

Die Schwierigkeiten der Regierungsbildung haben Erschütterungen zur Folge gehabt, die eigentlich voraussehen waren. Der Kurs der Reichsmark an den ausländischen Börsen fällt. Das eben leitende Vertrauen zu dem Zukunftswillen des deutschen Volkes ist von neuem erschüttert. Man fürchtet jenseits der deutschen Grenze, daß der Erschütterung auf ideellem und wirtschaftlichem Gebiet auch solche realer Natur, d. h. also neue Unruhen, neue innerpolitische Kämpfe folgen könnten. Darüber hinaus ist das deutsche Volk, wie gleichfalls befürchtet worden ist, schärfer als in der letzten Zeit wieder in Parteien zerklüftet. Im Interesse einer gefunden Wiederaufbauung unseres Staatswesens sind dieses alles höchst unliebsame und unerwünschte Erscheinungen.

### Die angebliche neue Ministerliste.

Die Zentrums-Parlamentarier schreiben zur Frage der Regierungsbildung: Nachdem durch einen

großen Vertrauensbruch der Vorwärts am Donnerstag früh eine Liste über das kommende Kabinett veröffentlicht hat, nehmen auch wir keinen Anstand mehr, diese Liste zu veröffentlichen. Allerdings machen wir ausdrücklich den Vorbehalt, daß diese Liste nur eine vorläufige ist und keinen Anspruch darauf erheben kann, als bereits feststehend angesehen zu werden, um so mehr, als ein Teil der in Aussicht genommenen Minister ihre Zustimmung gegeben hat. Nach unseren Informationen würde sich das Kabinett — Änderungen sind, wie wir nochmals ausdrücklich hervorheben möchten, durchaus möglich — aus folgenden Persönlichkeiten zusammensetzen: Reichszentralrat: Helldorf; Minister des Innern: Koch; Auswärtiges Amt: hierfür ein Diplomat genannt. Der Vorwärts nennt den kaiserlichen Gesandten v. Rostk. Ob dieser endgültig in Frage kommt, steht noch nicht fest. Für das Wirtschaftsministerium ist der Generaldirektor der Firma Krupp, Gehrat Wedfeld in Aussicht genommen. Das Reichssekretariat soll eine hervorragende Persönlichkeit der Industrie übernehmen. Der Vorwärts nennt den neugewählten demokratischen Abgeordneten v. Siemens. Das Arbeitsministerium ist dem preussischen Volkswirtschaftsminister Stegerwald angeboten, das Verkehrsministerium dem früheren Chef des Feldpostamts, dem Generalstabchef Groener. Das Reichswehrministerium soll in den Händen des Demokraten Gehler bleiben, das Justizministerium ist Heintze angetragen worden, indessen soll dieser nach Meldungen der völksparteilichen Presse die Übernahme abgelehnt haben. In ihren Aemtern sollen verbleiben der Reichspostminister Wiesberts, der Finanzminister Wirth, der Reichsernährungsminister Dr. Hermes, die alle drei dem Zentrum angehören.

### Zur Ablehnung Dr. Mayers.

Zu der Ablehnung Dr. Mayers, Kaufmann wird mitgeteilt, daß sie von seiner Seite erfolgen mußte, weil er von seiner Fraktion, der Bayerischen Volkspartei, gar nicht ermächtigt war, einen solchen Auftrag anzunehmen. Dr. Trimborn hätte sich auch mit der Bayerischen Volkspartei wegen des Eintrittes in die Koalition nicht in Verbindung gesetzt. Die Aufforderung an Dr. Mayer sei also über den Kopf der Partei hinweg erfolgt.

### Das endgültige Wahlergebnis im Reich.

Der Reichswahlprüfungsausschuss hat am Donnerstag das endgültige vorläufige Wahlergebnis zusammengestellt und ist dabei zu folgendem Ergebnis gelangt: Die Wahlbereitschaft betrug durchschnittlich etwa 75 Prozent. Sie war am schwächsten im Wahlkreis Köln-Naaden mit knapp 70 Prozent und am stärksten im Wahlkreis Bielefeld mit 97 Prozent der Wählerschaft zur Urne gingen. Von den hauptsächlichsten Parteien wurden gewählt:

Partei	in den Wahlkreisen	auf die Reichsliste	auf die a. d. Wahlm.-Liste	zusammen
Deutschnationale	53	9	4	66
Deutsche Volksp.	52	8	2	62
Demokraten	28	8	9	45
Zentrum	53	6	9	68
Sozialisten	86	8	18	112
U. S. P.	74	7	—	81
Kommunisten	1	1	—	2

Als kuriosum kann gelten, daß auf die neugegründete Partei der Alten, die die vollkommene Wiederherstellung der früheren Zustände propagieren wollte, aber im Wahlkampf nicht hervorgetreten ist, im ganzen Reich nicht eine einzige Stimme entfallen ist. Die Unterzeichner der Reichsliste dieser Partei müssen also selbst von einer Wahl ihrer Kandidaten abgesehen haben!

## Freistaat Danzig.

Das alte urdeutsche Danzig ist vom Mutterlande getrennt und, sehr gegen den Willen der Danziger, kraft Entschlusses unserer Feinde ein eigener Staat geworden, noch lebensunfähiger als die anderen Gebilde der polnisch-schwebischen Phantasie der Wilson, Clemenceau und Lloyd George. Es sei nur an das erinnert, daß diese freie Stadt nun ein eigenes höchstes Gericht für ihr Gebiet bilden muß, da der Rechtszug an das Reichsgericht in Leipzig verlagert. Wenn würde ja gern seinen eigenen höchsten Gerichtshof zur Verfügung stellen, aber jede weitere Annäherung an Polen, als der Versailler Vertrag vorsehreibt, lehnt man in Danzig entschieden ab. Der kleine Staat erhebt sich in der Tat eines starken Schutzes. Sir Reginald Tower, der eigentliche Souverän, ist wahrhaftig kein Freund der Polen. Er hat sie einmal zu ihrem Nachteil mit Zulu-Kaffern verglichen mit denen er, auch einst geschäftlich zu tun hatte. Aber wenn er in der Eröffnungsrede des Danziger Parlaments als die Blütezeit der Hansestadt die Zeit bezeichnete, wo sie freie Städte gewesen sei, so muß man doch Einspruch erheben.

Die Zeiten, als Danziger Kriegsschiffe mit reicher Beute heimkehrten, liegen über 400 Jahre zurück, und dann war es eben nur der Ausfuhrhafen Polens, das damals noch nicht so weit im Nationalhaß entwickelt war, daß es die höhere Kultur der Deutschen gewaltsam zu unterdrücken versuchte. Als dann die Verbände in Polen immer schlimmer wurden und zum Verlust der nationalen Selbständigkeit führten, wurde auch Danzig in den allgemeinen Verfall verwickelt und arme eckig

auf, als Westpreußen unter der festen Hand des preussischen Staates zu neuem Leben erwachte. Dann allerdings hat der Friede von Tilsit auf einige Jahre einen Freistaat Danzig geschaffen. Der aber ebenso wenig wie der jetzige den eigenen Wünschen der Stadt und ihrer ferndeutschen Einwohnerschaft entsprach. Nur war damals Frankreich der Zwangsherr, während jetzt England, wie wir sehen, vorläufig auftritt. Es wollte von Anfang an einen Hafen an der Ostsee besitzen als Einfalltor für seinen Handel, und hätte sich wohl auch mit Reval begnügt, wenn die Preussische Ostsee durch unsere Regierung ihm nicht die Möglichkeit gegeben hätte, sich in dem viel gelegeneren Danzig festzusetzen. Aber so wenig wie damals die französische, darf und wird die jetzige polnisch-englische Herrschaft von Dauer sein.

## Unter der Herrschaft der Polen.

Wie gewaltam und rücksichtslos die Polen in Bezug auf die Polonisierung aller ehemals deutschen Gebiete vorgehen, haben selbst die größten Schwarzfahrer nicht erwartet. Bezeichnend ist der Ausdruck eines polnischen Führers: 150 Jahre haben die Deutschen zu germanisieren versucht und es ist ihnen nicht gelungen. Wir Polen werden nur fünf Jahre polonisieren und werden glänzende Erfolge haben. — Vorläufig richten die Polen ihr Augenmerk darauf, möglichst viele Deutsche aus den ehemaligen Provinzen Westpreußen und Polen durch Ausweisungen oder Schikanen herauszubringen. Sie wollen der Entente beweisen, daß die deutsche Statistik nicht stimmt, wonach in den preussischen Anteilen ursprünglich mehr als doppelt so viel Deutsche als Polen gewohnt haben. Wie die Polen sonst dem bedrängten Deutschland zu Weibe gehen, ergibt sich aus folgenden Beispielen:

1. 104 Jahre haben seinerzeit die Preußen verstreut lassen, ehe sie die deutsche Sprache als Verkehrssprache einführen. Im Jahre 1772 war die erste Teilung Polens und erst am 28. August 1876 ist in Polen das Deutsche zur Amtssprache erhoben worden. Noch in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts trugen z. B. die elektrischen Straßenbahnwagen der Stadt Posen deutsche und polnische Aufschriften. Die Polen — haben jetzt die polnische Sprache vom ersten Tage ab als Amtssprache eingeführt.

2. Zwei junge Mädchen aus Lissa haben drei Tage nach der Befreiung in Posen ein Telegramm aus Breslau erhalten: Mutter schwer krank, sofort kommen. Sie führen umgehend nach Posen, um sich einen Paß zu besorgen. Auf ihre höfliche deutsche Anfrage antwortete der betreffende Beamte auf polnisch. Die Damen wiederholten ihren Wunsch zum zweiten Male mit dem gleichen Erfolg. Fast verzweifelt brachten sie ihre Bitte zum dritten Male vor, und zwar unter Hinweis auf ihre schwer erkrankte Mutter worauf sie, der Beamte in fließendem Deutsch antwortete: In Posen wird polnisch gesprochen. — Aber versetzen Sie, mein Herr, wir sind doch erst seit drei Tagen polnisch, wir können doch nicht so schnell polnisch lernen. — Das ist egal, Sie hätten sich früher darum kümmern müssen. Sehen Sie zu, wo Sie Ihr Recht bekommen.

Solcher Beispiele gibt es unzählige und aus allen leuchtet nicht die versprochene Toleranz, geschweige denn die den Deutschen zustehende Gleichberechtigung, sondern lediglich verblendeter Haß und eine Ausrottungspolitik, die ihresgleichen suchen kann.

## Anlauf zur Produktionssteigerung.

Vor einigen Tagen wurde aus dem westfälischen Kohlengebiet Luga u. Deisnig gemeldet, daß die Vertreter der dortigen Bergleute sich grundsätzlich für die Achtstundenschicht ausgesprochen haben und diese Forderungen vor ihren Arbeitskollegen vertreten wollten. Erklärt sich die Bergarbeiterschaft in ihrer Gesamtheit bereit, diese zur Rettung unserer Volkswirtschaft unentbehrliche Mehrarbeit zu leisten, so wird damit dem übrigen Volke eine ernste moralische Verpflichtung auferlegt. Es ist selbstverständlich, daß durch die Mehrarbeit der Bergleute nicht die Profiteure der Kohlenbetriebe erhöht werden dürfen. Unsere Berücksichtigung, die an den Verband zu leistenden Kohlen zum deutschen Inlandspreis zu berechnen, zwingt uns ja, die Kohlenpreise in Deutschland auf einer gewissen Höhe zu halten. Selbst bei dem gegenüber besseren Kursstand des deutschen Geldes liegt der deutsche Kohlenpreis noch erheblich unter dem Weltkohlenpreis. Eine Herabsetzung des deutschen Kohlenpreises würde also ein freiwilliges lautes Milliardengeld an das Ausland bedeuten. Die bei Einführung der Achtstundenschicht im Bergbau zu erwartende Mehrförderung muß in erster Linie öffentlichen oder für die Gesamtheit besonders wichtigen Betrieben zugute kommen. Selbstverständlich müssen die Ernährungs- und andere Lebensbedingungen der Bergarbeiterschaft so gehoben werden, daß die Mehrarbeit keinen Schaden an Menschkraft darstellt.

Bei der Einführung der Achtstundenschicht im Bergbau wäre der achtstündige Normalarbeitstag tatsächlich außer Kraft gesetzt; denn dem Achtstundentag im Kohlenbergbau entspricht mindestens ein durchschnittlich